

Unentschiedene englische Streitfrage.

Die Bekämpfung der Kohlennot in England.

London, 1. Juni. Aus Regierungskreisen verlautet, daß die englischen Kohlenimportfirmen große Mengen aus ausländischer Kohlen an Land hätten, die sie unter Beihilfe der Regierung einführen könnten, sobald das notwendig sein sollte. Diese Kohlen sollen von der Saar, von Schottland und von Frankreich kommen. Auch mit den Kohlenaruben der Vereinigten Staaten sind Verhandlungen gepflogen worden, die vor dem Abschluß stehen. Die englische Regierung ist fest davon überzeugt, daß bei der Kohleneinfuhr aus dem Auslande die englischen Eisenbahnen ihre Mittel nicht verlegen werden.

Keine Antwort auf das Subventionsangebot.

London, 1. Juni. Reuters meldet: Die Annahmefrist für das Angebot der Regierung, eine neue zeitweilige Unterstützung für die Kohlenindustrie im Betrage von 3 Millionen Pfund zu gewähren, ist gestern um Mitternacht abgelaufen, ohne daß von Seiten der Bergwerksbesitzer wie der Bergarbeiter irgendein neuer Schritt unternommen worden wäre. In Vorkesseltüren haben die Bergwerksbesitzer sich entschlossen, ihre Betriebe auf der Grundlage einer achtstündigen Arbeitszeit wieder zu eröffnen. (S. T. B.)

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Die Greenische Kompromißbill.

Washington, 30. Mai. Der Abgeordnete Green brachte seinen bereits angekündigten Gesetzentwurf über die Freigabe deutschen Eigentums ein. Danach würden sämtliche kleineren Forderungen amerikanischer Bürger gegen Deutschland bis zur Höchstgrenze von 10 000 Dollar befriedigt werden, was einer Gesamtschuldung von zunächst 34 Millionen Dollar gleichkäme. Ein entsprechender Prozentsatz des beschlagnahmten deutschen Eigentums würde gleichzeitig freigegeben werden. Danach würde den deutschen Eigentümern etwa 15 Prozent ihres Eigentums zurückerstattet. Alle dar-

über hinausgehenden Ansprüche, sowohl der deutschen Eigentümer als der amerikanischen Gläubiger, würden erst später nach einem besonderen Gesetze geregelt werden. Mit anderen Worten: 85 Prozent des Eigentums bliebe für absehbare Zeit beschlagnahmt, wobei es noch unsicher ist, ob der Kongress in einer seiner nächsten Tagungen dazu kommen wird, endgültige Regelung zu treffen.

Da die amerikanischen Gläubiger sich in derselben Lage befinden, wird von ihrer Seite gegen Green's Vorlage, die nur einen Teil statt der Gesamregelung bietet, heftige Opposition gemacht werden. Die Regierung hat bisher zu verstehen gegeben, daß sie Green's Vorlage nicht unterstützen könne. Es ist aber anzunehmen, daß keine Einwendung erhoben würde, falls diese neue Bill im Plenum des Repräsentantenhauses Annahme fände. Für die deutschen Schiffe, Patente und Funktionen ist in der Greenischen Bill keine sofortige Entschädigung vorgesehen, sondern lediglich die Einsetzung eines Schiedsrichters zur Festlegung ihres Wertes, was immerhin einen Fortschritt darstellt, da der Eigentumsanspruch damit prinzipiell anerkannt wäre. Nicht minder wichtig ist die grundsätzliche Anerkennung in der Greenischen Vorlage, daß das Privateigentum in Kriegszeiten unverletzlich sei. Auf dieser Basis würde wahrscheinlich vorab im Senat seine Zustimmung geben. Die Stimmung in parlamentarischen Kreisen deutete darauf hin, daß Green's Bill günstige Aussichten hat, zum mindesten könnte sie eine Basis abgeben, auf Grund deren der Senat dann noch weitere Verbesserungen durchziehen könnte. Die bisherige Einwendung, daß die großen Firmen, die Millionenansprüche zu stellen haben, in erster Linie bei dieser Gesetzgebung berücksichtigt werden, wäre durch den Greenischen Vorstoß die Grundlage entzogen. Man wird erst nach einigen Tagen die neue Sachlage, die jetzt gegeben ist, klar übersehen können. Ohne weiteres ist aber schon zu sehen, daß die Gesamtfreigabe des deutschen Eigentums, auf die vor einiger Zeit noch gehofft werden durfte, in diesem Jahre schwerlich zustandekommen wird.

Derliches und Sächsisches.

Kallose Beschuldigungen gegen die Dresdner Polizei.

Das Presseamt des Polizeipräsidiums Dresden schreibt: In einem Artikel, den die „Dresdner Volkszeitung“ ausgedehnt dem Organe des Verbandes Sächsischer Polizeibeamter, „Die sächsische Polizei“, entnommen hat, wird u. a. auch gesagt, daß heute schon bestimmte Organisationen und bestimmte Kreise so viel Einfluss besitzen, daß ihre in Vorgesetztenstellen befindlichen Anhänger sich nicht scheuen, in entsprechendem Sinne unter Ausnutzung ihrer Dienstgewalt ihre Untergebenen zu beeinflussen.“

Das Polizeipräsidium Dresden legt Wert auf die Feststellung, daß der Schriftleiter der Zeitschrift „Die sächsische Polizei“, Regierungsrat a. D. Max Rüttner, bei einer gelegentlichen Äußerung hier an Amisstelle ausdrücklich die Erklärung abgegeben hat, daß sich diese Ausführungen nicht auf Dresdner Vorgesetzte bezögen.

Die Dresdner Vogenschnigen in Ramenz.

Am Sonntag hatten die Mitglieder der Vri. Vogenschnigen-Gesellschaft der Festungstadt Ramenz einen Besuch ab. Ein Sonderzug hatte sie dem Bestimmungsort zugeführt. Nach einem Besuche des Gutberges kam man am Mittag im Fremdenhof „Goldener Stern“ zusammen. Der 1. Vorseher der Vogenschnigen-Gesellschaft, Direktor Vandelgerichter Otto Schwentke, eröffnete die Reihe der Ansprachen mit herzlichen Begrüßungsworten. Er räumte dabei die Schönheiten der Stadt Ramenz, gedachte ihrer besonderen Bedeutung als Schutzstadt und als Geburtsort des Königs, und rief sie als Stätte streblamen Industrie- und Gewerbetätigkeit. Nebenwärtig begrüßte er vor allem den Vertreter der Vogenschnigen-Gesellschaft der Festungstadt Ramenz, und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Stadt Ramenz und ihre Bürgerschaft. Bürgermeister Dr. Gebauer nahm darauf Gelegenheit, für die Einladung der Stadtvorstellung zu danken und die Gäste in Ramenz herzlich willkommen zu heißen. In humorvoller Rede gedachte er der Beziehungen zwischen den Städten Dresden und Ramenz, erkannte die bedeutungsvolle Stellung der Dresdner Vogenschnigen-Gesellschaft im öffentlichen Leben Dresdens und ihr Streben auf Pflege der Tradition, Geselligkeit und Einigkeit an, und trank auf ihr weiteres Gedeihen, Wachstum und Gelingen. Im Auftrage der Ramenzer Vogenschnigen-Gesellschaft entbot Herr Johannes Duxia den Dresdner Gästen Dank und herzlich willkommen, wobei er auf die gemeinsamen Interessen beider Vri. Vogenschnigen-Gesellschaften hinwies, abetst allen Parteibeherrschern die Schicksalhaftigkeit und die Geselligkeit zu pflegen. Sein Trinkspruch galt der Freundschaft und Zusammengehörigkeit der Vogenschnigen unseres engeren Vaterlandes. Major v. R. a. D. Weiskopf erinnerte an die Zeiten, in denen Kamenz Garnison der 178er war und gedachte der toten Helden des Weltkrieges. Der Heilmathkolle, dem deutschen Vaterland und nicht zum wenigsten dem deutschen Reichspräsidenten, dem treuesten der Treuen, widmete er sein Glas. Mit jubelnder Begeisterung wurde dieser Trinkspruch von der Festversammlung aufgenommen und stehend das Deutschlandlied gesungen. Die Damen feierte der 2. Vorseher, Hofjunker Jähne, wobei er darauf hinwies, daß die Gattinnen zweier Vri. Vogenschnigen-Mitglieder (der Herren Schwentke und Hartmann) geborene Ramenzerinnen seien. Fremdenbesitzer Radisch als derzeitiger König der Dresdner Vogenschnigen feierte Königshaus mit der Gesellschaft besonders eng verbunden sei; letzterer dankte und überbrachte Grüße des Prinzen Friedrich Christian.

— * Neue Rentenbankscheine. Die Deutsche Rentenbank teilt mit, daß vom 15. Juni 1926 ab neue Rentenbankscheine über fünf Rentenmark mit dem Ausgabedatum 2. Januar 1926 ausgegeben werden. Die neuen Scheine treten an die Stelle der bisher ausgegebenen Rentenbankscheine über fünf Rentenmark vom 1. November 1923. Die noch umlaufenden Scheine der alten Art behalten aber bis auf weiteres ihre volle Gültigkeit.

— * Sein 40jähriges Dienstjubiläum begeht heute der Direktor der Dünghandelsgesellschaft zu Dresden, Herr Reich-Welschold.

Ihr vertrautester Badefreund
Ist sicherlich ein luxustouristischer Photoparat
von Photo-Bohr, Ringstr. 14, neben Kaffee König.

Einigung über Mossul?

London, 1. Juni. Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die türkische Regierung die sogenannte Brüsseler Grenzlinie angenommen. Der englische Vizekonsul hat sich nach Angora zur Aufnahme der weiteren Verhandlungen begeben. Die Unterzeichnung des englisch-türkischen Mossulvertrages wird, wie der „Daily Express“-Korrespondent aus Konstantinopel berichtet, innerhalb der nächsten drei Tage erfolgen, wenn nicht andere unvorhergesehene Komplikationen eintreten. Ein Sicherheitspakt zwischen Mesopotamien und der Türkei liegt im Entwurf vor. Der türkische Anteil an der Ausbeutung Mesopotamiens wird auf zehn Prozent festgelegt werden. (S. T. U.)

Die internationale Arbeitskonferenz.

Genf, 31. Mai. Die internationale Arbeitskonferenz hat die allgemeine Aussprache über den Jahresbericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes Thomas gegeben. Der belgische Arbeitervertreter Mertens gab der Enttäuschung Ausdruck, daß verschiedene internationale Arbeitskonventionen von zahlreichen Regierungen noch nicht ratifiziert worden seien. Er regte an, den Direktor des Arbeitsamtes zu ermächtigen, zwecks rascher Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag bei den Unterzeichnern vorzudringen.

Im Rahmen der belgischen Regierung erklärte der belgische Vertreter, daß die belgischen Vertreter auf Grund der Ermächtigung der Londoner Arbeitsministerkonferenz der Kammer einen Gesetzentwurf zur beschleunigten Ratifizierung des Washingtoner Abkommens eingereicht haben. — Der polnische Regierungsvertreter erklärte, Polen habe bisher 13 Konventionen ratifiziert und stehe damit an erster Stelle.

Genf, 31. Mai. Der zweite Ausschuss der Arbeitskonferenz hat beschlossen, daß der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes einen aus sechs bis acht Mitgliedern bestehenden fünfdiligen Sachverständigenausschuss einsetzen soll. Er wird als technischer Sonderausschuss mit dreijährigem Mandat die jährlichen Berichte der Regierungen über die Durchführung der Arbeitskonvention nach juristischen und technischen Gesichtspunkten begutachten soll.

Vor der Entscheidung in Paris.

Paris, 1. Juni. Die Morgenpresse erwartet, daß heute in der Kammer eine wichtige Debatte über die allgemeine Politik der Regierung stattfinden werde. Nach dem „Devoir“ nimmt man an, daß Briand nach einem Exposé über die politische und die finanzielle Lage ein klares Vertrauensvotum fordern wird. Im Laufe des für heute vormittag angelegten Ministerrats wird der Inhalt der Erklärung des Ministerpräsidenten festgelegt werden, zu der die Parteien alsbald Stellung nehmen sollen. Besondere Bedeutung wird dem Reichslied der Radikalen beigelegt, die letzten Donnerstag zu fast gleichen Teilen für und gegen das Kabinett stimmten, besonders auch, weil Briand gestern nachmittags eine längere Unterredung mit Malvy hatte, der den Auftrag haben soll, die radikale Kammerfraktion von den Absichten des Ministerpräsidenten in Kenntnis zu setzen. (S. T. B.)

Die Radikale Vereinigung gegen die angekündigte Währungsreform.

Paris, 1. Juni. Der Vorstand der Radikalen Vereinigung des Seine-Departements hat gestern abend in einer Tagesordnung gegen die am Sonntag von der Regierung veröffentlichte Erklärung über die Währungsreform, die er als antiparlamentarisch bezeichnet, protestiert. Die Vertreter der Partei in der Kammer werden aufgefordert, die Regierung an die Innehaltung der Verfassung zu erinnern.

Abd el Arim streng bewacht.

Paris, 1. Juni. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in Des berichtet: Abd el Arim wird in Taza streng bewacht. Niemand wird zu ihm gelassen. In spanischen Kreisen ist von einer französisch-spanischen Konferenz die Rede, in der über das Schicksal Abd el Arims entschieden werden soll. (S. T. U.)

Die französischen Verluste in Marokko.

Paris, 30. Mai. Auf die Behauptung eines Pariser Blattes, daß der Feldzug in Marokko den Franzosen bisher den Verlust von 15 000 Toten eingebracht habe, hat sich jetzt das Kriegsministerium veranlaßt gesehen, über die Verluste nähere Angaben zu machen. Die Gesamtzahl der in Marokko seit dem 15. April 1925 gefallenen „französischen“ Soldaten und Soldaten der Fremdenlegion wird mit 2163 Mann angegeben. Ueber die Zahl der Verwundeten sowie über die Verluste der Eingeborenenstruppen werden allerdings keine Mitteilungen gemacht.

Mora ergreift nochmals das Wort.

Oberregisseur Mora hat auf die Rundgebung des Volksbildungsministeriums, die die Genehmigung seines Entlassungsantrages zu rechtfertigen sucht, mit folgender Erwiderung geantwortet:

An das sächsische Ministerium für Volksbildung zu Händen des Herrn Ministers.

Sehr geehrter Herr Minister, infolge einer mehrmaligen Abwesenheit von Dresden komme ich erst heute dazu, mich zu der Veröffentlichung des Volksbildungsministeriums in meiner Angelegenheit zu äußern. Diese Veröffentlichung beruht offensichtlich auf einer Fälschung, sehr geehrter Herr Minister, von beteiligter Seite abgegebenen Darstellungen, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. Ich habe in der Öffentlichkeit mein Ergehen, mich sofort von meinen Verpflichtungen an der Staatsoper zu entbinden, damit begründet, daß mir mein Gewissen nicht erlaube, unter dem bestehenden System an dem Institut weiterhin tätig zu sein. Ich habe von meinem leider sehr reichhaltigen Einzelmaterial in der Öffentlichkeit keinen Gebrauch gemacht, mich vielmehr nur dagegen verwahrt, daß mein Rücktritt vor der Öffentlichkeit unzulässig und falsch beurteilt würde.

Ich habe nun abermals gegen eine Veröffentlichung Verwahrung einzulegen: gegen die in der Presse bekanntgemachte ministerielle Äußerung. Es geht nicht an, Ihnen, sehr geehrter Herr Minister, und, auf dem Umweg über ein nicht objektiv unterrichtetes Ministerium, der Öffentlichkeit die Dinge so zu malen, als sei hier aus einem nicht vorhandenen Fall Mora mit oder ohne meine Zustimmung ein Fall Reuder gemacht worden. Der Fall Reuder existiert für alle, die das Theater kennen, längst. Er konnte nur von dem geschaffen werden, dessen Namen er trägt.

Sie werden mir, sehr geehrter Herr Minister, vielleicht erwidern, daß ich vom Theater zu wenig verhehe, um den Fall Reuder beurteilen zu können, daß auch die Mitglieder der Oper, die Sie ja in der Sache nicht gehört haben, davon nichts verstehen, und daß nur diejenigen Leute ein richtiges Urteil darüber haben, die aus amtlicher oder nichtamtlicher Verpflichtung sich um Leute von mir gefennzeichnete Umkonstruktion des Falles bemühen. Das das hohe Ministerium mit dem Herrn Generalintendanten in der Genehmigung meines Rücktrittsgesuches unter diesen Umständen einer Meinung war, beargüßelt ich daher vollkommen. Mein Entschluß war unabänderlich, denn er entspringt nicht einem Temperamentsausbruch, nicht kleinlichen Meinungsverschiedenheiten in Besprechungsfragen oder dergleichen, sondern einzig und allein der allerdings schärfsten künstlerischen Gewissenhaftigkeit zu dem bestehenden System an der Dresdner Staatsoper: Dem System falscher Engagements, also Verschwendung der Mittel, und falscher Sparbarkeit, wo die Anwendung der Mittel sich künstlerisch und materiell gelohnt hätte; dem System des Raubbaus, der falschen Behandlung der Künstler, dem System der ewigen

Umdisposition; kurz dem System der Führerlosigkeit. Dies alles kann mit gravierenden Tatsachen belegt werden. Ein Kompromiß hätte für mich eine unerträgliche Gewissensbelastung bedeutet. Deshalb habe ich es vorgezogen, ohne daß ich einen Ersatz für meine Tätigkeit und mein Einkommen habe, meine sofortige Entlassung zu nehmen.

In der Veröffentlichung des Ministeriums wird aber von „den schon seit längerer Zeit aufgetretenen Konflikten zwischen Herrn Mora und dem Generalmusikdirektor“ gesprochen und außerdem, daß das Ministerium zu seiner, dem bestehenden System zutimmenden Beurteilung „nach eingehender Prüfung aller tatsächlichen Verhältnisse“ gekommen sei. Daß diese eingehende Prüfung sich wirklich ereignet habe, muß ich entschieden bezweifeln. Wenigstens war es bisher die Meinung sowohl der Juristen als auch der Volksgenossen, daß ein Urteil nicht gewonnen werden könne lediglich auf die Aussagen und Darstellungen eines Beteiligten hin, ohne daß man den anderen, der die Klage erhebt und sie, ohne am Amt zu kleben, lediglich im Interesse eines Staatsinstituts nicht länger verschweigen zu können glaubte, auch nur gehört worden wäre. Ich stelle also fest: Die eingehende Prüfung aller Verhältnisse hat überhaupt nicht stattgefunden. Das Ministerium hat im übrigen meine schwerwiegenden Rücktrittsgründe bis heute unwidersprochen gelassen, daß sie in nicht aus der Welt geschafft werden können dadurch, daß sie in meiner Abwesenheit von beteiligter Seite bekräftigt wurden.

In den allgemeinen „Gründen meines Rücktritts“ habe ich vermieden, auf Konflikte hinzuweisen, denn sie waren völlig untergeordneter Natur im Verhältnis zu dem meiner Ansicht nach schädigenden Einfluß, den die oberste Leitung der Staatsoper auf das Institut ausübt.

Die Kritik an der Organisation dieser Leitung wurde nicht von mir einseitig, sie bestand vor der Öffentlichkeit schon längst, und die mit den künstlerischen Ansprüchen der Dresdner Staatsoper verbundenen, die an dem ferneren Gedeihen des Instituts ernstlich Interessierten werden nicht der Meinung sein, daß diese Kritik „abwegig“ erscheine.

Man kann eine sachlich begründete Kritik an den künstlerischen Leistungen eines Theaters ebensowenig wie meine sachlichen Gründe gegen das System der Dresdner Staatsoper leugnen, daß man sie amtlich als „abwegig“ hampelt. Es gibt in dieser Gegend nur einen „Abwegig“ Kempel. Es gibt in dieser Gegend nur einen „Abwegig“, und das ist der, auf dem sich die oberste Leitung der Staatsoper befindet, und mit ihr das Schicksal der Dresdener Oper.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung (ges.) Alois Mora.

An dieser Erwiderung ist jedenfalls das eine zweifellos richtig: daß die einwandfreie Klärung der Sachlage des ganzen „Falles“ immer noch nicht stattgefunden hat. Eine solche hatten auch wir schon für wünschenswert erachtet. Erfolgt sind aber bis jetzt nur Parteiaussagen. Auch

die Rundgebung des Ministeriums ließ die Angabe begründender Tatsachen gänzlich vermischen. Als vor Jahren die Operndirektion Scheidemantel in eine ähnliche Krise geraten war, hat man im Ministerium alle Beteiligten zu einer gemeinsamen Sitzung in Anwesenheit der Presse als Vertreterin der Öffentlichkeit zusammengerufen und in mündlicher Diskussion Klarheit geschaffen. Vielleicht wäre es angemessen, auf diese Weise auch im jetzigen Falle eine endgültige Klärung herbeizuführen.

Kunst und Wissenschaft.

— * Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus. Donnerstag, am 3. Juni, Anrechtstraße B, „Hoffmanns Erzählungen“ mit Richard Tauber (Hoffmann a. W.), Helene Jung, Erna Berger, Margarethe Hegner-Franke, Elisa Stünner, Josef Corrad, Heinrich Lehner. Musikalische Leitung: Kurt Striegler, Spielleitung: Georg Toller. Anfang 8 1/2 Uhr.

Zum Andenken an E. M. v. Webers Todestag, der sich am Sonntag, dem 5. Juni, zum 100. Male jährt, finden zwei Festaufführungen des „Freischütz“ in vollständig neuer Ausstattung und Inszenierung statt, und zwar am Sonntag, dem 5., und Sonntag, dem 6. Juni. Beide Aufführungen sind mit den ersten Kräften der Staatsoper besetzt. Musikalische Leitung: Fritz Busch, Spielleitung: Waldemar Staegemann. Die neuen Dekorationen sind von Max Hasard und Arthur Pöhl, die neuen Kostüme von Professor Leonhard Janitsch.

Schauspielhaus: Gerhart Hauptmann war kürzlich in Dresden, um sein neues Schauspiel „Dorothea Angermann“ Schauspielregisseur vorzulesen. Das Werk ist daraufhin zur gleichzeitigen Uraufführung mit den Berliner Reinhardt-Bühnen vom Dresdner Schauspielhaus erworben worden.

— * Sächsisches Bühnenerbe und Lesekasse, Theaterstr. 11. Nächtlich des hundertsten Todestages Carl Maria v. Webers findet vom 7. bis 12. Juni im Auditorium der Sächsischen Bühnenerbe, Theaterstr. 11, Erdgeschoss, eine Ausstellung der Kompositionen und Schriften des Meisters, sowie von Werken über ihn statt. Die Besichtigung ist für jedermann frei.

— * Der Reichsverband Deutscher Tonkünstler und Musiklehrer, Landesverband Sachsen, Ortsgruppe Dresden, hält seine nächste Mittelerversammlung am Sonntag, dem 5. Juni 1926, abends 8 Uhr, im Hauptbahnhof, großes Versammlungszimmer, Eingang durch Restaurant 3. Klasse, ab.

— * Keine Sommeroper im Alberttheater. Da ein Bescheid des Rates und der Stadtvorordneten betr. Gewährung einer Beihilfe für die von Direktor Leopold Wischke geplante diesjährige Sommeroper im Alberttheater noch nicht erfolgt ist, kann das Unternehmen nicht durchgeführt werden. Hermine Körner wird dafür die Spielzeit bis 31. August ausbehalten.

— * Franz v. Hochlin als Bayreuther Dirigent. Wie aus Eiberfeld gemeldet wird, ist der ehemalige Dessauer Generalmusikdirektor Franz v. Hochlin, der kürzlich als Leiter des